

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft
IX / 2002

Recht, Gerechtigkeit und Frieden

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2001
- MUSICA PRO PACE 2001
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

Universitätsverlag Rasch Osnabrück



Franz Vranitzky

Franz Vranitzky, Wien

Europa sieht Deutschland – aus österreichischer Perspektive

Vortrag zum Tag der Deutschen Einheit
am 3. Oktober 2001 im Rathaus der Stadt

»Der heutige Tag der deutschen Einheit ist auch für Österreich ein Tag der Genugtuung, der Freude und der Hoffnung. Mit diesem Tag geht nicht nur eine jahrzehntelange schmerzliche und unnatürliche Trennung unseres Nachbarlandes, sondern darüber hinaus auch eine Nachkriegsordnung zu Ende, die durch Gegensatz und Misstrauen gekennzeichnet war.

Am heutigen Tag ist dem deutschen Volk zu gratulieren, das nunmehr in Ausübung seines Rechts auf freie Selbstbestimmung, aber auch im Einvernehmen mit seinen Nachbarn und Partnern seine Einheit und Souveränität wiedererlangt hat. Das historische Datum der deutschen Vereinigung ist aus österreichischer Sicht kein isoliertes Ereignis. Wir betrachten die deutsche Einheit als einen weiteren wichtigen Schritt in Richtung einer neuen und stabilen europäischen Friedensordnung, die durch Vertrauen, Zusammenarbeit und gegenseitige Anerkennung gekennzeichnet ist«.

Dies waren die Einleitungssätze meiner Erklärung namens der österreichischen Bundesregierung in Wien am 3. Oktober 1990.

Wie sieht ein Österreicher – aus seiner heute privaten Perspektive – den Nachbarn – genauer gesagt, *die* Nachbarn, weil man ja die geografische Ausdehnung und die kulturelle Vielfalt Deutschlands nicht außer Acht lassen darf?

Ich möchte Sie zu einem rückblickenden Rundgang in die Geschichte des 20. Jahrhunderts einladen, um dann einige Gedanken zum europäischen Integrationswerk hinzuzufügen: aus österreichischer Sicht – und Sie werden sofort merken, es kommt immer wieder auch Deutschland vor.

Auch wenn Geschichtliches manchen langweilig ist: Ohne Geschichte gibt es bekanntlich nicht Gegenwart, nicht Zukunft. Zeitgeschichtliche Betrachtung und Politik im Spiegel dieser Betrachtung sollten nicht unterlassen, sich der zwei Gesichter des 20. Jahrhunderts bewusst zu bleiben. Die erste Hälfte bot eine Anhäufung von Katastrophen, zu denen die Welt im Allgemeinen,

und unsere beiden Länder im Besonderen, in der Geschichte ihresgleichen sucht.

Der Erste Weltkrieg besiegelte den Zerfall des Habsburgerreichs. Viele Bürger der danach entstandenen Republik Österreich glaubten aber nicht an sie. Der offizielle Staatsname unserer Ersten Republik lautete »Republik Deutschösterreich«. Die Sozialdemokraten nannten sich »Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschösterreichs«. Leute, die empfänglich sind für Schönfärbereien, sind bereit zu glauben, diese Bezeichnungen würden der Benennung des deutschsprachigen Teils der alten Habsburgermonarchie dienen. Tatsächlich kann aber niemand daran vorbeigehen, dass zahlreiche Bürger der jungen Republik diese nicht als die ihre, sondern die Vereinigung mit Deutschland als die bevorzugte Option ansahen. *Hellmut Andics* wählte für ein über diese Zeit verfasstes Buch den treffenden Titel: *Der Staat, den keiner wollte*.

Es machten sich daher viele – sicherlich nicht alle, vielleicht nicht einmal eine Mehrheit, aber immerhin viele – den Gedanken zu eigen, ein Aufgehen dieses Deutschösterreichs im Deutschen Reich wäre vorteilhafter, wäre existenzsicherer als die *standing alone*-Variante. Mit dieser sei das Land gar nicht lebensfähig.

Konkrete Entwicklungen, wie galoppierende Inflation, Massenarbeitslosigkeit und -armut, ein Justizskandal usw., waren Wasser auf die Mühlen derer, die ihr Land nicht für lebensfähig hielten. Wie in Voraussicht dessen fand man bereits im Jahr 1919 die Zielformulierung, nämlich das Anstreben der so genannten ›Großdeutschen Lösung‹: Die Sozialdemokraten unter der Ägide *Karl Renners* nahmen einen Anschlusspassus in ihr Parteiprogramm auf.

Erst auf dem Parteitag 1933 beschloss man die Änderung des Namens in »Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs« und strich den Programmpunkt ›Anschluss an Deutschland‹. Das allerdings war nicht nur auf die Machtübernahme *Adolf Hitlers* in Deutschland zurückzuführen, sondern bedeutete auch den Nachvollzug des im Friedensvertrag von *St. Germain* aus dem Jahr 1919 enthaltenen Anschlussverbots.

Der Putsch von 1933 beendete in Österreich den Parlamentarismus und damit die Demokratie. 1934 entbrannte der Bürgerkrieg zwischen den militärischen Formationen der Christlich-Sozialen und der Sozialdemokraten. Dass dieser ›Intensivpatient‹ namens Österreich 1938 eine leichte Beute *Hitlers* wurde, darf nicht verwundern. Die Republik Österreich verschwand von der Landkarte.

Nach Kriegsende entstand sie zwar wieder. Ein freier und unabhängiger Staat wurde sie aber erst zehn Jahre später im Jahr 1955 auf Grundlage des Staatsvertrages von Wien. Das *Credo* in diesen zehn Jahren lautete: nur ja keinen neuen Anschluss! Im Übrigen enthält auch dieser Staatsvertrag wieder ein Anschlussverbot. (Auf eine diesbezügliche Regelung im Staatsvertrag

stützte sich auch der russische Premierminister *Ryschkow*, als er zunächst gegen den EU-Beitritt Österreichs opponierte. Er gab seinen Widerstand später auf.)

Hier zeigt sich, dass man in der österreichischen Geschichte immer wieder auf das Verhältnis zu Deutschland stößt.

Deutschland war wie Österreich nach dem Krieg ein besetztes Land. Nur war es für ein kleines Land einfacher, diese Besatzungszeit und -zonen zu überwinden. In Deutschland entstanden ja bekanntlich aus diesen Zonen eigene Staatsgebilde wie die Bundesrepublik und die DDR. Fazit: Legt man die Kriterien ›Demokratie‹ und ›Wirtschaftliche sowie politische Unabhängigkeit‹ einer Beurteilung zu Grunde, so hat das 20. Jahrhundert für die Republik Österreich erst im Jahr 1955 begonnen – und schon wieder im Jahr 1989 geendet, folgt man dem britischen Historiker und Wendebeobachter *Timothy Garton Ash*. Seine Sichtweise:

»Das 20. Jahrhundert endete mit dem Fall der Berliner Mauer, weil das, was folgte, das Ende des großen ideologischen Konflikts zwischen Ost und West brachte. Zwölf Jahre danach leben wir bereits im 21. Jahrhundert, in einem post-ideologischen Zeitalter mit ganz anderen Herausforderungen als jenen von 1914 bis 1989«.

Welcher historischen Interpretation man auch folgt: Bedeutsam ist jedenfalls, wie stark die politische, soziale und ökonomische Geschichte Europas der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die politischen Ziele der zweiten Hälfte bestimmt haben, und das gerade zu einer Zeit, in der manche vom »Ende der Geschichte« reden oder dieses Ende herbeiwünschen, obwohl wir laufend von der Geschichte eingeholt werden. Das Ende der Geschichte wäre ein Ende von Prozessketten – und wer könnte davon reden angesichts der die Welt bestimmenden Änderungen seit 1989?

Die österreichische Schriftstellerin *Ingeborg Bachmann* hat einmal den Satz formuliert, dass die *Geschichte* zwar ständig *lehrt*, aber *keine Schüler findet*.

Österreich ist seit 1945 entschieden antikommunistisch; die Bundesrepublik ebenfalls. Beide Staaten haben es trotzdem zur erklärten Politik erhoben, politische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zu den kommunistisch regierten Ländern Ost- und Südosteuropas zu unterhalten.

Ich halte es hier und heute für wichtig, den Thesen entgegenzutreten, die Ostpolitik deutscher Nachkriegspolitiker hätte den Kalten Krieg verlängert, und die konsequente Fortsetzung der Kontakte zu den kommunistischen Regimes hätte systemerhaltend gewirkt.

Es ist absurd zu glauben, dass *Willy Brandt*, *Helmut Schmidt* und andere Politiker in Europa und den USA, die wesentlich die Entspannungspolitik der

späten sechziger Jahre und vor allem der siebziger Jahre gestalteten, dies taten, nur um den Zerfall des Kommunismus zu verhindern. In Wirklichkeit haben sie dazu beigetragen, dass aus dem Kalten Krieg der Supermächte in Europa nie ein heißer Krieg geworden ist – trotz der militärischen Interventionen der Sowjetunion in Ungarn 1956, in der Tschechoslowakei 1968 und in Afghanistan 1979 und trotz der Verhängung des Kriegsrechts in Polen im Jahr 1980.

Es war gerade dieser ›dosierte Antikommunismus‹, der die Entspannungspolitik zu einem wesentlichen Stabilitätsfaktor werden ließ, im Besonderen unter den Bedingungen der nuklearen Bedrohung in der Welt. Außerdem hat die Entspannungspolitik auch im ideologischen Überbau nie ein vereintes Europa aus dem Auge verloren und die vitalen Interessen Russlands und Osteuropas berücksichtigt. Diese Politik sollte nicht nur die ›deutsch-deutsche Frage‹ betonen, sondern im Rahmen der Ostpolitik die Beziehungen der Europäischen Union zu den ehemals kommunistischen osteuropäischen Staaten weiterentwickeln, um Stabilität in Europa abzusichern. Ich sehe das nicht als Gegensatz zum Atlantischen Bündnis und zum gemeinsamen Antikommunismus.

Als in der Zeit 1989/90 die deutsche Einigung gelang, hörte man nicht unbedeutende Stimmen in Europa, die offen oder indirekt Vorbehalte gegen das größer gewordene Deutschland erhoben.

In Österreich gab es 1989/90 keine ernstzunehmenden Vorbehalte gegenüber dem neuen Deutschland. War doch Österreich wirtschaftlich schon seit längerer Zeit eng mit Deutschland verbunden. (Deutschland war und ist der wichtigste Handelspartner Österreichs; ich denke auch an die Bindung des österreichischen Schillings an die D-Mark, schon lange bevor die gemeinsame europäische Währung konkret wurde.) Für Österreich öffneten sich durch die deutsche Einheit weitere Chancen. Es ging und geht aber nicht nur um die Wirtschaft. Ich merke an dieser Stelle auch an, dass die deutschen Spitzenpolitiker nach dem Schleifen der Berliner Mauer mit hoher Sensibilität als die Vertreter ihres nun sehr groß gewordenen Landes auftraten. Viele erklärende Worte nach außen und viele mahnende nach innen sind mir in Erinnerung, man möge sich auf deutscher Seite bewusst sein, dass das 20. Jahrhundert eben seine prekäre Vergangenheit in sich trage und man als Deutscher daher bedachtsam und einfühlsam zu sein habe. Ich für meinen Teil bin der Auffassung, dass das den deutschen politischen Exponenten auch gelungen ist.

War der europäische Integrationsgedanke in den vierziger und fünfziger Jahren in erster Linie auf die Vermeidung eines dritten Weltkriegs gerichtet und daher ausschließlich Europa-bezogen (keine Wiederaufrüstung Deutschlands, daher dessen Einbeziehung), so ist der Generation der Jahrtausendwende die Wettbewerbsposition Europas in der multipolaren Gemengelage

vordringlich, wenn auch gerade in letzter Zeit das Integrationsmodell als Friedensmodell wieder im Kommen ist.

Man könnte es salopp so formulieren: Die Aufgabe Europas der nächsten Jahre und Jahrzehnte besteht darin, mit den konkurrierenden anderen großen Räumen der Welt und, auf dem Weg dorthin, mit sich selber wirtschaftlich, sozial, ökologisch und politisch zurechtzukommen. Dazu kommt, dass wir immer die große historische, politische und kulturelle Vielfalt der Europäer in Betracht ziehen müssen.

Ich sehe die europäische Integration nicht nur als das Beseitigen leistungshemmender Grenzen, nicht nur als das ökonomische, politische und kulturelle Zusammenrücken der Völker hier in Europa, sondern ich sehe es auch – und das ist ja die Globalisierungssituation schlechthin – als eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Kontinents Europa gegenüber Amerika oder auch gegenüber den Einwohnergiganten Asiens. Ich verstehe diese Wettbewerbsfähigkeit umfassend, nicht bloß kommerziell. Helmut Schmidt nennt das Selbstbehauptung.

So gesehen sind die Integrationsgegner, die den Leuten Integration und Fremden-Abneigung in einem Aufwaschen näher bringen, in Wirklichkeit mittel- und längerfristig die Gegner unserer Zukunft. Oder anders ausgedrückt: Das Interesse für den Integrationsfortschritt ist ein patriotisches Interesse.

Ohne Zweifel müssen wir dafür Sorge tragen, dass der Integrationsfortschritt nicht zur Metapher für den Erfolg der Starken in der Leistungsgesellschaft und das so vorgesehene Zurückbleiben der Integrations- und Modernisierungsverlierer wird. Forcierte Ausbildungs- und vertrauenerhaltende Sozialpolitik bleiben unerlässlich.

In der politischen Verarbeitung des europäischen Integrationsprozesses steht das Wirtschaftliche, steht der Kapitalverkehr und steht *last but not least* auch das Sicherheitspolitische im Vordergrund, das Kulturelle aber im Hintergrund.

Ich bedaure das und meine, wir sollten darüber nachdenken und es – so gut wir können – ändern.

Unter anderem deshalb, weil Ökonomisch-Technisches heutzutage als selbstverständlich und nicht als auffällig hingenommen wird und weil außerdem das europäische Integrationsmodell als Friedensmodell die Generationen nicht mehr besonders anspricht, die keinen Krieg des eigenen Landes mehr kennen.

Im Laufe der Europäischen Integration haben wir folgende Schritte erlebt: Die Gründung durch die sechs Stamm-Mitglieder, die West-Erweiterung (Großbritannien, Irland), die Süd-Erweiterung (Spanien, Portugal, Griechenland), die nord- und mitteleuropäische Erweiterung (Finnland, Schweden, Österreich), und jetzt kommen wir zur allergrößten Herausforderung, näm-

lich das weitere Vorgehen mit den mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten.

Dadurch würde die Zone des Friedens und der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Stabilität nach Osten und Südosten ausgedehnt werden. Österreich rückt von der Randlage, in der es sich jahrzehntelang befunden hat, in eine relativ zentrale Position innerhalb der EU. Selbstverständlich gilt die Anmerkung über die Ostgrenze der EU auch für Deutschland.

Zwei Materien stehen im Vordergrund: Wird so in der weiteren Entwicklung die Kommission als die EU-Regierung den Ton angeben?

Oder werden die Regierungschefs die Gangart bestimmen? Die Beantwortung dieser Fragen führt entweder zum Zukunftsbild ›Bewahrung der Souveränitäten‹ oder zum Zukunftsbild ›Solidarität‹. Dass dies nicht ohne drei konkrete Staaten diskutiert werden kann, nämlich Deutschland, Frankreich und Großbritannien, gibt der Sache zusätzliche Würze. Und dass die kleineren und kleinen Mitgliedsländer das Treiben argwöhnisch betrachten, liegt auf der Hand. Für die Herstellung oder gar Vertiefung einer politischen Identität der integrierten Europäer sind das keine leichten Brocken.

Nicht weniger leicht ist eine andere Stoßrichtung, die identitätsstiftend gemeint ist: Die Erstellung einer EU-einheitlichen Grundrechtscharta als eventuelle Vorstufe einer gemeinsamen europäischen Verfassung. Dies ist nun wirklich ein Langfristthema und – wie mancherorts befürchtet – ein Gegenmittel zu einer flexiblen Reformpolitik. Die Herren *Schröder* und *Fischer* haben ja vollkommen richtige Vorschläge zur Reform der Institutionen gemacht (Verfassung, Kommission) und wissen um die langen Wege in die EU und innerhalb der EU.

Was aber ist dieses Europa? Selbst wenn man den Mythos von der jungen Frau und dem zum Stier mutierten Göttervater nicht strapaziert, scheint dieses Europa häufig auf der Grundlage von Mythen entstanden zu sein. Es ist geographisch nicht wirklich abgrenzbar. Es ist kulturhistorisch nicht eingrenzbar – weil eben auch Neuseeland oder Südafrika, Israel oder Argentinien europäisch geprägt sind, weil wiederum dieses Europa seine Wurzeln außerhalb seiner selber, nämlich im alten Ägypten und viel später in anderen arabischen Ländern hat und aus sich selber heraus wuchs – aus Griechenland und aus Rom und weil ein guter Teil der globalen Kulturgeschichte von der europäischen Mutter geprägt ist.

Europa ist freilich nicht beliebig. Es ist eine Einheit aus gemeinsamer Geschichte und gemeinsamen Erfahrungen.

Diese sind blutig und gewalttätig gewesen. Dennoch: Es ist ein gemeinsames Kulturverständnis, das sich von anderen unterscheidet und eine gemeinsame Entwicklung genommen hat.

Im Einzelnen ist das vielleicht manchmal schwer erkennbar. Da scheint eher Chaos als Ordnung zu wirken. Aber das Bild einer sich wandelnden

Baustelle passt ganz gut und wurde vom deutschen Theoretiker *Hubert Markl* noch ausgebaut: Eine ständig unaufgeräumte Baustelle, ein Abenteuerspielplatz tausendjähriger Politik, aber eben auch ein gigantisches, geistiges und materielles Bauvorhaben, für das die Bauleute jeder Generation zwar keinen festen Bauplan haben, aber doch tragfeste Fundamente langer Tradition und im ständigen geistigen Wettstreit sich formender Vorstellungen.

Was früher einmal wie eine Kathedrale aussah, entwickelte sich dann doch eher zu einem Schloss, gelegentlich auch zur Kaserne, zur Fabrik oder auch zum gewaltigen Theater und sieht nun allerdings immer mehr wie ein gigantisches Kaufhaus aus – wenn nicht am Ende doch noch ein Museum daraus wird.

Im Leben entsteht nichts, das nicht seine Bausteine von woanders hernehmen würde, ist man versucht, mit *Robert Musil* hinzuzufügen. In all dieser Unordnung einer Baustelle muss es doch etwas geben, das nachahmenswert ist, das einen Reiz ausmacht, woran sich andere, nicht-europäische Kulturen orientieren.

Ich weiß schon, vielfach hatten die Nichteuropäer gar keine andere Wahl. Europäische Kultur wurde vielfach und oft und lange mit Gewalt aufgezwungen. Ich weiß schon, dass Wirtschaftssystem und Religion ihren Siegeszug keineswegs auf friedfertige Weise angetreten haben. Und doch greift mir das als Erklärung zu kurz. Es muss einen europäischen Rohstoff namens Kultur geben, der persönliche Autonomie und Selbstverantwortung, der Zweifel und Wissenswagnis, aber auch Solidarität und Gemeinschaftsverantwortung in sich vereint.

Es ist keineswegs Hochmut, wenn man all dies als Grundlagen europäischer Geisteskultur sieht, auch wenn man weiß, wie gerade auch aus ihr politische Fehlbildungen hervorgingen, die zu Grausamkeiten der unmenschlichsten Art fähig waren.

Um so hoffnungsvoller kann die gegenwärtige Entwicklung stimmen. Der Rohstoff einer gemeinsamen Kultur scheint im Zusammenwirken mit der wirtschaftlichen Integration ein Friedensprojekt zu verwirklichen, wie es dieser Kontinent in seiner Geschichte noch nicht gesehen hat. Der wirtschaftlichen Integration wird es gelingen, ein Geflecht von gegenseitigen Beziehungen und Abhängigkeiten zu schaffen, die es geradezu physisch unmöglich machen werden, dass sich zwei Länder, wie früher, in Zukunft wieder in einem blutigen Krieg gegenüberstehen.

Die Nationalstaaten der Europäischen Union diffundieren nach oben und nach unten. Nach oben in die Union und nach unten in die Regionen. So entstehen ganze Europaregionen, in denen sich die Wirtschaft blendend entwickelt und der Wohlstand greifbar ist. Die Lombardei etwa oder der Großraum Basel-Stuttgart-Straßburg, um nur zwei zu nennen. Ministerpräsident *Clement* erwähnte bei einem Vortrag in Wien, dass das Land Nordrhein-

Westfalen intensivere Wirtschafts- und Kulturkontakte mit den Benelux-Staaten hätte als mit den meisten deutschen Bundesländern.

Wir müssen vorsorgen, dass der Nationalstaat nicht zum Terrain der Zurückgebliebenen und Verlierer im Wettlauf um Europa wird. Die Kultur als verbindendes, aber auch identitätsstiftendes Element muss gerade dort eingesetzt werden, wo Gefahr besteht, dass, wie schon gesagt, europäische Identität zur Metapher der Wohlhabenden wird und oppositionelle Politiker beginnen, die Rückkehr zum Nationalstaat zu beschwören.

Ich mache aufmerksam: Die Überstrapazierung der Europa-Rhetorik birgt die Gefahr in sich, das Nationalgefühl ausschließlich den Wortführern jener Europäer zu überlassen, die Angst vor Veränderungen haben, der Arbeitslosen, die die Konkurrenz der Ausländer auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt fürchten, der Bezieher von Unterstützungen aus Brüssel, die sie deshalb noch lange nicht zu Europäern machen. Die deutsche und die österreichische Regierung bestehen darauf, im Zug der Erweiterung lange Fristen einhalten zu können, ehe die Freizügigkeit der Arbeitsmärkte eintritt. Das Jahr 2001 im Allgemeinen und der 11. September im Besonderen haben wieder einmal die Problematik der Prognostizierbarkeit deutlich gemacht. Trotzdem wird man gerade den Arbeitsmärkten große Aufmerksamkeit widmen müssen, und zwar hinsichtlich der Verfügbarkeit qualifizierter Kräfte und hinsichtlich des absehbaren Wettbewerbs der EU-Staaten um solche.

Wovon lässt sich Europa leiten? Vom Willen der Völker. Europa stammt nicht bloß von *Cäsar* oder *Augustus*, vom *Pontifex Maximus*, von den Hohenstaufen oder den Habsburgern, von *Karl dem Großen* oder *Napoleon* ab, sondern auch von *Hobbes*, *Spinoza*, *Grotius*, *Shakespeare*, *Jean-Jacques Rousseau*, *Goethe* und vom Gesellschaftsvertrag. Zur Sicherung ihrer Freiheit geben die Individuen einen Teil ihrer Befugnisse und Rechte zur Wahrung des Gemeinwohls, das durch die Zustimmung aller legitimiert wird. Was für den Einzelmenschen gilt, kann auch für den Staat gelten. Europa bedeutet so für den Nationalstaat dasselbe wie der Staat für den Einzelmenschen.

Europa ist deshalb immer noch und immer wieder ein Werdendes, das nicht statisch ist und es nicht sein kann, sondern eines, das des Dialogs bedarf, weil es sich ständig daraus erneuert. Die europäische Kultur darf nicht zum finanziellen, ökonomischen Monolog verkommen.

Wenn man also darin übereinstimmen kann, dass die europäische Einigung ein historisch notwendiger Prozess ist, um den Rückfall in die Barbarei zu verhindern; wenn wir darin übereinstimmen, dass dieser Prozess ein mühsamer, vor Rückschlägen keineswegs gefeierter, auch nicht immer attraktiver Prozess ist, wenn wir ferner darin übereinstimmen, dass es geradezu auch das Wesen dieser europäischen Einigung ist, sich nicht auf die momentan vorhandenen fünfzehn Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zu beschränken und danach die Grenzen dicht zu machen und eine Festung zu bauen; wenn

wir in all dem übereinstimmen, dann müssen Kultur, Bildung, Ausbildung, Wissenschaft und Forschung noch stärker als bisher in den Vordergrund gerückt werden, um eine verbindende Wirkung zu entfalten, die die wirtschaftliche Integration auch bewirken, keinesfalls aber überall garantieren kann. Denn zu unterschiedlich können wirtschaftliche Entwicklungen sein, zu rasch wirtschaftliche und soziale Unterschiede zu populistischen Kurzschlüssen führen.

Wie führt der Weg also zurück von den zwei Ausflügen in die Geschichte des 20. Jahrhunderts und in die Grundsätze einer zukunftsfähigen Europapolitik zur gestellten Frage der Sicht auf Deutschland von außen?

Nach so vielen Jahren Integrationsfortschritt erfolgt der Blick gar nicht mehr so von außen. In ihrem Buch *Verfreundete Nachbarn* schreibt die österreichische Diplomatin *Gabriele Holzer* über »die deutsche Unfähigkeit, Österreicher als Nichtdeutsche zu begreifen und somit überhaupt wahrzunehmen.« Sie meint das nicht als Lamento oder aggressiv, sondern kommt u.a. zu dem Schluss: »Nachdenken über Österreich wäre nicht vollständig, ohne den Blick auch auf Deutschland zu richten.« Ich teile diese Meinung und habe diese an Hand des Zuges der Zeit von 1919 bis 2001 darzulegen versucht.

Die Achse Bonn-Paris, später Berlin-Paris, ist oft als »Motor des Integrationsfortschritts« bezeichnet worden. (Ich übergehe die automotiv Ungenauigkeit, dass die Achse kein Motor ist; allerdings kommt keines der beiden ohne den anderen im Auto zur Geltung.) Diese Achsenfunktion hat jedenfalls ihre Bedeutung und unbestreitbare Verdienste. Ebenso unbestreitbare Verdienste kommt dabei Deutschland zu für seine Kompromissbereitschaft und für die über Jahre hindurch geübte Wahrnehmung der historischen Chance.

Demokratie und Solidarität sind die tragenden Säulen aller freien gesellschaftlichen Gebilde. Das führt im europäischen Integrationsmodell zur Notwendigkeit der Institutionenreform und zur immer wieder erforderlichen Absicherung der Sozialsysteme. Die Zusammenfassung der Grundrechte, ihre schrittweise herzustellende Verbindlichkeit als Vorstufe des längerfristigen Projekts einer gemeinsamen Verfassung halte ich für essentiell.

Dass man sich in Deutschland ernsthaft damit befasst, verdient als wichtiger Punkt angemerkt zu werden. Nach wie vor nisten im Bewusstsein der meisten unserer Bürger Gemeinsamkeitsdefizite. Das Wir-Gefühl ist immer noch unterentwickelt. Dieses herzustellen muss im Zentrum der Arbeit der heute schon Überzeugten stehen. Die deutsche Einheit möge als hilfreiche Symbolik dazu dienen.